

Newsletter

02.03.2023



Presseerklärung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Brandenburg vom 01.03.2023

GEW Brandenburg:
Vorschläge des MBSJ zur Unterrichtsabsicherung durch Kürzung der Lehrerstellen für die Schulen sind ein Offenbarungseid und eine Provokation zugleich! GEW weist die angeordneten Kürzungen der Stellenausstattung der Schulen scharf zurück!

Vor dem Hintergrund der dramatischen Einstellungssituation in Vorbereitung des nächsten Schuljahres hat das MBSJ Kürzungen bei den Stellenzuweisungen für die Schulen angeordnet und zusätzlich noch Stellenumwandlungen im Umfang von 200 Lehrerstellen in Verwaltungsstellen verfügt. Im Klartext formuliert bedeutet dies u.a.:

- die Klassenrichtwerte bewegen sich an der oberen Grenze und in nicht wenigen Fällen werden sie noch überschritten,
- dringend benötigte Angebote für die individuelle Förderungen von Schülerinnen und Schülern entfallen,
- zusätzliche Lernangebote finden nicht mehr statt,
- die Schulen beginnen das neue Schuljahr ohne ausreichende personelle Ausstattung,
- die dringend benötigten Entlastungen - auch im Verwaltungsbereich - erbringen die Schulen
- selbst durch Stellenkürzungen bei den Lehrkräften, die Reformvorhaben des Landes - wie z. B. gemeinsames Lernen, Ganztag und Flex - verkommen zu reinen Sparmodellen.

GEW-Landeschef Fuchs heute in Potsdam: „Die jetzt angeordneten Maßnahmen sind keine Lösungen, sondern sie verschärfen die Situation an den Schulen dramatisch. Nicht nur, dass die Planungen vor Ort sehr weit fortgeschritten waren, werden die Schulen und die Schulleitungen vor vollendete Tatsachen gestellt. So gefährdet man den Schulfrieden und verschlechtert die Lernbedingungen drastisch. Es klingt wie Hohn, wenn in einer Pressemitteilung des MBSJ vom 27. Februar zu lesen ist, dass im kommenden Schuljahr erstmalig die Gefahr besteht, dass die Lehrerstellen nicht mit dafür qualifiziertem Personal besetzt werden können. Solche Aussagen zeugen von Unkenntnis und Ignoranz der realen Situation an den Schulen. Schon seit Jahren können die notwendigen Ersatzeinstellungen nur mit Lehrkräften im Seiteneinstieg im Anteil von 30 bis über 40 Prozent der Einstellungen realisiert werden. Die bittere Wahrheit ist, dass selbst das MBSJ jetzt davon ausgeht, dass zur Absicherung der Unterrichtsangebote im kommenden Schuljahr weder ausreichend ausgebildete Lehrkräfte noch ausreichend Lehrkräfte mit Seiteneinstieg zur Verfügung stehen bzw. gewonnen werden



können. Dies ist eine Bankrotterklärung! Und zur Krönung dürfen die Schulen durch die Kürzung ihrer Stellenausstattung und den damit verbundenen Verschlechterungen und Einschränkungen der Lernangebote die nebulösen Entlastungen bei Verwaltungsaufgaben selbst erwirtschaften. Wobei alle Schulen Kürzungen hinnehmen müssen, aber nur wenige mit Verwaltungskräften beglückt werden sollen. Im Klartext gesprochen bedeutet dies, dass die Schülerinnen und Schüler, die besondere Unterstützung und Förderung benötigen, leer ausgehen werden. Bisher hat die Landesregierung noch immer nicht auf die Verhandlungsaufforderung zur Absicherung des Lehrkräftebedarfes reagiert. Das einseitige Handeln des MBS und das Schaffen von Fakten sind keine vertrauensbildenden Maßnahmen. Es muss allen Beteiligten klar sein, dass es einer gemeinsamen Kraftanstrengung bedarf, die Probleme der nächsten Jahre anzugehen und zu lösen. Aber man kann in der Zwischenzeit erhebliche Zweifel daran haben, ob das MBS die reale Situation in den Schulen kennt bzw. diese zur Kenntnis nehmen will und ob das MBS an der Erarbeitung und Vereinbarung von belastbaren und sinnvollen Lösungen überhaupt interessiert ist. Das Motto: Augen zu und durch! wird es mit uns nicht geben! Ich sage aber auch deutlich, wir haben keine Zeit mehr. Zeit ist bereits genug vertrödelt worden.“

Die GEW Brandenburg fordert:

1. Die Stellenkürzungen für die Ausstattung der Schulen ist zurückzunehmen!
2. Es sind sinnvolle Maßnahmen zu vereinbaren, die die Kontingent-Studententafeln, deren Qualität und die individuellen Förderangebote der Schülerinnen und Schüler absichern!
3. Alle Kräfte und Maßnahmen sind darauf zu konzentrieren, die vorgesehenen 1800 Ersatzeinstellungen für Lehrkräfte zum Schuljahr 2023/24 vollumfänglich zu realisieren!
4. Ein Ausbau bzw. eine Ausweitung von Reformvorhaben ohne eine vollumfängliche personelle Absicherung ist auszusetzen!
5. Allen Schulen sind durch die Einstellung von Assistenzen endlich Entlastungen in den Verwaltungsaufgaben zu ermöglichen! Diese Entlastungen dürfen nicht durch die Umwandlung dringend benötigter Stellen für Lehrkräfte finanziert werden, sondern müssen den Schulen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Umwandlungen sind als Ausnahmen zeitlich zu befristen und als Stellen für Lehrkräfte wieder uneingeschränkt den Schulen zur Verfügung zu stellen.
6. Die Verhandlungen über wirksame Maßnahmen zur Absicherung des Lehrkräftebedarfs sind sofort aufzunehmen! Dazu gehören u. a.:
 - I. Absenkung der Arbeitsbelastungen
 - II. Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Brandenburg
 - III. Maßnahmen zur Absicherung der bedarfsgerechten Ausbildung von Lehrkräften
 - IV. Maßnahmen zur Fort- und Weiterqualifizierung von Lehrkräften mit Seiteneinstieg